

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 80 Pf. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 Mk., in Württemberg 2,25 Mk. vierteljährlich, dazu Postgebühren 80 Pf.

Anzeigen 12 Pf., von auswärts 15 Pf., die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pf., die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pf., besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pf.



Nr. 34

Donnerstag, den 18. Februar 1919

36. Jahrgang.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Botschaft des Reichspräsidenten.

Weimar, 11. Febr.

Ebert wird (wie bereits gemeldet) mit 277 von 879 abgegebenen Stimmen zum Reichspräsidenten gewählt.

Dr. Davids: Das Reich hat zum ersten Mal ein Oberhaupt, das nach der Art seiner Berufung berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. Verschwunden ist der Vormund aus erblichem Recht. Daß die deutsche Revolution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt ist, daß sie nicht wie dort zu einem ewigen Vorort der völligen Auflösung von Recht und Ordnung geführt hat, daß sie nicht zur Zerrüttung unserer politischen und wirtschaftlichen Lebens geführt hat, das ist zum größten Teil das Verdienst des Mannes, den wir heute an die Spitze des Reichs berufen haben. So möge denn die Botschaft hinausdringen in die deutschen Lande: ein volksgewählter Führer ist an der Spitze des Reichs getreten, ein Mann durchgänglich von der Liebe zum deutschen Volke, ein Mann voll tiefen Verständnisses für seine Nöhen und Sorgen, für seine Wünsche und Hoffnungen, ein Mann erfüllt von hartem Willen, seiner Mission gerecht zu werden, die Freiheit zu halten und den Frieden zu schaffen im Innern und nach außen.

Reichspräsident Ebert: Mit allen meinen Kräften und mit voller Hingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu erfüllen, niemand zu Liebe und niemand zu Leide. Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich achten und schützen werde. Ich will und werde als Beauftragter des ganzen deutschen Volks handeln, nicht als Vorkämpfer einer einzelnen Partei. Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstands bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus und daß ich weder meine Herkunft noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin. Durch meine Wahl haben Sie die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft Deutschlands anerkannt. Jetzt hat das deutsche Volk das Vorrecht der Geburt auf dem Gebiete der Politik restlos befeitigt, und auf sozialem Gebiet vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allen im Rahmen des Menschenmöglichen den

gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Gepäl aufzuladen. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie immer angetastet werden sollte, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewalttätigkeit, von wem sie auch komme, werden wir bekämpfen bis zum äußersten. Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen, nach innen und außen. Wir können aber um des Rechtes willen nicht dulden, daß man unsere Brüder der Freiheit beraubt. Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot von Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege. Ein so hartes Geschick der Nationalversammlung hat, an seinen lebendigen Kräften verzweifeln wir nicht. Alle diese Forderungen stellen an mich schwerste Aufgaben und Pflichten. Mein Bestes will ich dafür einsetzen, ihnen zu genügen. Gleichzeitig aber wollen wir unermüdet arbeiten für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes. Und so lassen sie uns rufen: Das deutsche Vaterland, das deutsche Volk, sie leben hoch (das Haus, mit Ausnahme der Unabhängigen, hat sich erhoben und stimmt dreimal in den Hochruf ein.) Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr.

Berlin, 12. Febr. Die höchste Würde, die das deutsche Volk zu vergeben hat, ist, wie die „Berl. Morgenpost“ schreibt, mit der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten des Reichs auf einen Mann übergegangen, der sich an den einfachsten Verhältnissen zu dieser Höhe emporgearbeitet hat.

Der „Berl. Lokalanz.“ sagt: Mit der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten erlebt die Sozialdemokratie den höchsten Triumph, der ihr bisher in Deutschland beschieden war. Wir wollen nicht verkennen, daß die Sozialdemokratie kaum in der Lage war, aus ihren Reihen einen geeigneteren Bewerber für diese Würde zu stellen. Wir glauben auch, daß Herr Ebert das Amt wirklich ausfüllen wird.

Der „Vorwärts“ erinnert daran, daß sich bei Eberts Tod, als die Stelle des Parteivorsitzenden erledigt wurde, die Blinde der Parteigenossen auf Ebert lenkte. Für die Zusammenhaltung der Partei habe Ebert mit eigener Kraft und nie versagender Aufopferung gewirkt. Es sei

ein großer Schmerz für ihn gewesen, daß er die Abspaltung der Unabhängigen nicht habe verhindern können. Wenn trotz der Spaltung die Partei heute größer und stärker dastehe als vor dem Krieg, so sei das nicht zum geringen Teil ein Werk Eberts.

Neues vom Tage.

Neue Gesetzesvorlagen.

Berlin, 12. Febr. Der Entwurf für ein neues Wehrgesetz wird binnen kurzem der Nationalversammlung zur Beratung vorgelegt werden. Der Entwurf sieht die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht für das zu bildende Volksgewehr nach dem Muster der Schweiz vor. Die Dienstzeit soll sehr kurz bemessen sein. Weiter soll der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werden, das sich mit der Regelung der Arbeitsverträge befaßt und u. a. die Einführung des Arbeitszwangs vorsehen soll.

Berlin, 12. Febr. Mit der Frage der Sozialreform der Landwirtschaft hat sich nach Blättermeldungen die Sozialisierungskommission überhaupt noch nicht beschäftigt. Von irgendwelchen Plänen über Verschlagung des Großgrundbesitzes und irgend einer Politik gegenüber dem bäuerlichen Grundeigentum könne, soweit die Kommission in Betracht komme, bisher keine Rede sein.

Berlin, 12. Febr. Wie verschiedenen Morgenblättern aus Weimar gemeldet wird, hat das Zentrum an Stelle Wiesberts, der Staatssekretär des Reichspostamts wird, den Abg. Weder-Vrnsberg als Unterstaatssekretär im Reichspostamt vorgeschlagen.

In Zentrumskreisen wird, wie die „Post. Ztg.“ hört, der Plan erwogen, ein selbständiges Reichskolonialamt beizubehalten. In diesem Fall würde an die Spitze des Reichskolonialamts Erzberger treten.

Berlin, 12. Febr. Mehrere Abgeordnete der Nationalversammlung hatten darüber Klage geführt, daß bisher noch keine Briefe aus dem lutherischen Gebiet in sie nach Weimar gelangt sind. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat darauf eine entsprechende Anfrage an General Rubant gerichtet. Rubant teilte mit, ein freier Postverkehr zwischen den Mitgliedern der Nationalversammlung und dem besetzten Gebiet könne

Ein Deutscher

Von Otto Ruppins.

Erst als gegen Abend der alte Frost durch das Zimmer schritt, bei Reichardt stehen blieb und ich selbst sagte, er habe gehört, daß Reichardt zu der morgenden Abendgesellschaft eingeladen sei, und es werde ihn freuen, seinen Mitarbeiter einmal in seinem Hause zu sehen, ward es wieder völlig hell in seinem Innern. Er warf einen Seitenblick nach dem Kassierer hinüber, der mit dicht zusammengezogenen Brauen in seinen Papieren kramte. Dann aber ließ er den bunten Bildern, wie sie bei dem Gedanken an Margaret und den bevorstehenden Festabend in ihm aufstiegen, freien Lauf, und Bell schien jetzt am wenigsten in der Stimmung zu sein, ihn darüber zu hören.

Eine volle Stunde hatte Reichardt am andern Abend fertig für die Gesellschaft in seiner Wohnung dageharrt, ehe es Zeit zum Gehen war. Er hatte auf das sorgfältigste Toilette gemacht, und dennoch war er viel zu früh damit fertig geworden. Er hatte die Zeit damit verbracht, sich zu fühlen gegen den Eindruck, den er sich jetzt schon überkommen fühlte, wenn er sich dem Mädchen gegenüberüberstand dachte, das, seit sie ihm zuerst entgegen getreten, wie ein süßes, stilles Bild in seinem Herzen gesät hatte, und das er jetzt in dem ganzen Nimbus von Reichtum und Stellung wiedersehen sollte. Er machte sich endlich mit dem festen Vorsatz zum Gehen fertig, sich mit allen Kräften zu beherrschen, um sich nach keiner Seite hin eine Klöße zu geben, oder auch nur ahnen zu lassen, was in seinem Innern vorgehe — stand ihm doch wie ein Gespenst die Lächerlichkeit vor der Seele: der jüngste Beamte des Tochter des Hauses schmachte und legte hatte und die Türklänge zog, war es ihm als gehe er der Entscheidung seines ganzen Schicksals entgegen.

Wine hohe, erleuchtete Halle empfing ihn, als sich der Eingang aufsteig, von deren Ende ihm h-les Mädchen gelächter entgegenlachte. Der öf-ende Diener nahm ihn, kaum daß er seinen Namen genannt, seine Umhüllung ab und führte ihn nach einer der hinteren Türen, die er vor dem Angekommenen aufschloß.

„Hallo, da ist Reichardt!“ Rang diesem die Stimme John's entgegen, der in der Mitte des großen Zimmers stand und soeben in irgend einer lustigen Erzählung unterbrochen zu sein schien; „nur herein und ganz ungeniert sind wir unter uns, wie Sie wissen!“ und Reichardt fühlte unter der Zwanglosigkeit der Aufforderung seine Selbständigkeit, die ihn einen Augenblick fast hatte verlassen wollen, zurückkehren. Er sah, als er eintrat und einen raschen Blick um sich warf, eine kleine, aus jungen Damen und Herren bestehende Gesellschaft, deren Augen sich sämtlich nach ihm gewandt hatten. John ließ ihm in dessen zu seiner längeren Betrachtung Zeit. „Ladies und Gentlemen,“ rief er Reichardts Hand ergreifend, mein Freund Reichardt, den ich Ihrem besondern Wohlwollen empfehle — und nun hier,“ fuhr er, sich gegen den Vorgesetzten wendend, fort, „meine Schwester Margaret, die Sie ja wohl schon kennen —“ Reichardt sah eine leichte Gestalt sich erheben und stand mit zwei Schritten vor ihr. Er wußte, daß er sich jetzt zusammenzuraffen hatte, und doch, als er in dieses liebe, milde Gesicht blickte, das bei seinem Näherkommen wie in heller, lächelnder Befriedigung aufleuchtete, als er ihre kleine, weiche Hand faßte, die sie ihm nach amerikanischer Sitte entgegenstreckte, meinte er dem Gefühl des Glücks, das in ihm aufwallte, kaum gebieten zu können. Er hörte ihre Bewilligungsworte, die so herzlich klangen, als stünde er mit ihr auf gleicher Stufe, und unwillkürlich bog er sich nieder, um ihre Hand zu küssen. Aber mit einem leichten Nicken entzog sie ihm ihre Finger. „Das ist europäische Sitte, die wir nicht verstehen, Sir!“ rief sie, und als Reichardt auf-

blatte, sah er ein hohes Rot über ihre Wangen ergossen, während ihre Augen nur unsicher die seinigen abzuhalten schienen — er fühlte das Blut in seinen Adern sich regen und nur eine kräftige innere Anstrengung, hervorgehen durch ein Gefühl von Gehalt, in der er schwebte, befreite ihn von der ihn überkommenden Besorgnis. „Es ist der Ausdruck hoher Achtung gegen eine Dame,“ sagte er, sich leicht vorbeugend, „und so mag ich nicht um Entschuldigung bitten. Mir Frost, selbst wenn ich angetroffen hätte!“ Er bemerkte noch, wie das frühere rote Lächeln auf ihr Gesicht zurückkehrte, dann sah er sich vor die übrigen Ladies geführt, er hörte Namen, um sie im nächsten Augenblicke wieder zu vergessen, und erst als ihm der alte Frost mit seinem wohlwollenden Lächeln die Hand drückte, erlangte er seine völlige Sicherheit wieder.

Mit einiger Bewunderung sah Reichardt jetzt William Johnson's Gesicht unter den jungen Männern; aber kaum vertiet eine leise Zwangungheit, mit der dieser ihm die Hand bot, das eigentümliche Verhältnis, in dem beide zu einander standen, und als Reichardt Platz genommen, begann jener mit einer Sicherheit das Gespräch aufzunehmen, die dem Erhabenen schnell zeigte, daß Frost's Haus ein gewohnter Boden für den jungen Handelsmann sein müsse. Schwiegend begann Reichardt eine Musterung der Gesellschaft, aber erst nach längerer Zeit wagte er es, sein Auge über Margaret streifen zu lassen — er begegnete ihrem Blick, der, von einem eigentümlichen Lächeln begleitet, auf ihm ruhte, sich aber, sobald sich ihre Augen getroffen, leicht wegwandte, und der junge Mann fühlte auf's neue, wie sehr er sich selbst in Acht zu nehmen habe, wollte er nicht eine Reibung in einer unbesiegbaren Nacht in sich wachsen lassen, die ihn wohl unglücklich machen, aber ihn nie zu einer Zeit führen konnte.

nicht zugelassen werden; die Postfreiheit könne nur soweit gewährt werden, als sie mit dem bestehenden Kriegszustand vereinbar sei.

Zum „Staatsbankrott“.

Weimar, 12. Febr. Der Finanzminister Bredow, Südekum, erklärt zu der Frage des Staatsbankrotts, seine Ausführungen in der vertraulichen Sitzung des Staatshauses über die Finanzlage seien entliehen wiedergegeben worden. Er habe den Ausdruck gebraucht: Die Steuerpflichtigen hoben den Stand ihres Vermögens mit derselben Genauigkeit wie die Bankrotteure anzuzeigen. Allerdings habe er die Finanzlage wahrheitsgemäß als sehr gespannt bezeichnet, aber auch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch die „Verfeinerung“ der Steuern und neue Steuern die Ordnung aufrecht erhalten werden könne, — wenn wir erst einmal wieder normale Lebensmittelpreise und Löhne haben werden.

Von der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 11. Febr. Die deutsche Waffenstillstandskommission, die nach Trier abgereist war, hat nach der „Post. Ztg.“ wieder umkehren müssen, weil die Ententevertreter mitgeteilt haben, daß man den Beginn der Verhandlungen noch nicht festlegen könne; die deutsche Kommission werde 40 Stunden vorher verständigt werden.

Weimar, 12. Febr. Die Waffenstillstandskommission erhielt den Auftrag, bei der Vertretern der Verbündeten um die baldige Anerkennung der neuen gesetzmäßigen Reichsregierung nachzusuchen.

Berlin, 12. Febr. Wir müssen uns darauf vorbereiten, schreibt die „Kreuzztg.“, daß die diesmaligen Verhandlungen in Trier sich besonders kritisch gestalten. Wir können uns schwer vorstellen, daß die soeben neugebildete Regierung ihre Tätigkeit mit der Selbstentmannung Deutschlands beginnen will. Eine solche Nachgiebigkeit würde das Volk unter keinen Umständen verstehen.

Die Schraube ohne Ende.

Bern, 11. Febr. Pariser Blättermeldungen zufolge sollen die Jahresklassen 1907, 1908 und folgende alsbald entlassen werden. Die Abrüstung müßte aber eingestellt werden, wenn Deutschland sich weigere, die neuen Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen. Eine weitere Verschärfung des Waffenstillstands müsse erfolgen. Deutschland solle angeben, wie viel schwere und leichte Geschütze, Maschinengewehre und Flugzeuge es noch besitze, schon mit Rücksicht auf seine Polenpolitik. Die Blätter fordern weiter die Befreiung des Ruhrbeckens, die Herabsetzung der deutschen Heeresmacht auf 20 bis 25 Divisionen ohne jede andere Artillerie als Maschinengewehre, sowie die Zurücknahme der deutschen Truppen, die Polen bedrohen. (1) Nur die „Humanität“ fragt besorgt, wohin die Entente steuere. Der Völkerverbund selbst sei nunmehr ernstlich in Gefahr.

Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 12. Febr. Die Generaldirektion der Höchster Farbwerke teilt mit, daß ihre Werke nicht von den Franzosen besetzt sind. Sie werden von zwei französischen Chemikern überwacht. Der Fabrikbetrieb läuft ungehindert weiter. Die vorhandenen und neu fabrizierten Chemikalien und Heilmittel sollen allerdings in erster Linie zur Deckung des Bedarfs der Alliierten verwendet werden. Der Rest darf nach besonderer Genehmigung in das unbesetzte Deutschland ausgeführt werden.

Die Gesuche von deutschen Priestern, zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet in Ausübung ihrer geistlichen Tätigkeit zu verkehren, werden, wie die britische Kommission in Spaan mitteilen ließ, soweit sie den von englischen Truppen besetzten Teil betreffen, die nötige Beachtung finden.

Die Spartakisten.

Berlin, 12. Febr. Wegen Aufruhrs und Landesfriedensbruch sind 15 Spartakistenführer, darunter mehrere Arbeiterräte, verhaftet worden.

Bremen, 12. Febr. Major v. Engelbrecht vom Inf. Regt. Nr. 76 ist zum Stadtkommandanten ernannt worden. Der Kommandantur sind alle Garnisonstruppen und sämtliche Garnisonseinrichtungen unterstellt.

Hamburg, 12. Febr. Bis zur restlosen Durchführung der Waffenablieferung ist der Alarmzustand verhängt. Sicherheitsmannschaften durchziehen die Straßen.

In Hamburg ist beträchtliche Unsicherheit eingetreten. Eine Bande Bewaffneter trieb sich in der letzten Nacht im Bezirk Harvesbude herum, wo unter Vorhaltung von Revolvern die Bewohner gezwungen wurden, den Häusern das herauszugeben, was sie verlangten. Ein Waffenlager der sog. „Volkswehr“ ist am Montagabend im Neuen Steinweg 4-5 durch Sicherheitsmannschaften beschlagnahmt worden. Es wurden 10 kleine und 2 große Maschinengewehre, etwa 100 Gewehre, sowie große Mengen von Patronen, Handgranaten und tränenreizende Bomben gefunden.

Cuxhaven, 12. Febr. Gestern wurde ein prov. Soldatenrat gewählt. Die Verhandlungen mit der Division Gerstenberg blieben ergebnislos.

Düsseldorf, 12. Febr. Die Polizeibeamten haben den Dienst wieder aufgenommen. Ein Teil der Sicherheitstruppen soll weiter im Polizeidienst Verwendung finden.

München, 12. Febr. In einer stürmischen Sitzung des Arbeiterrats wurde nach Reden der Räte Landauer, Mühsam und Dr. Lewin (radikal) beschlossen, am Sonntag eine große Demonstration für die Sicherung des Räte-systems zu veranstalten. Als der Präsident der bay. Landesversammlung Abg. Schmitt gegen die Untritte der Spartakisten sprechen wollte, erhob sich furchtbarer Lärm, worauf die gewerkschaftlichen Mitglieder den Saal verließen.

München, 12. Febr. Nach dem „N. N.“ wurde der verhaftete Bolschewist Dr. Lewin auf Verfügung des Staatsanwalts wieder auf freien Fuß gesetzt.

Generalkommando gegen Soldatenrat.

Münster, 11. Febr. Das Generalkommando des 7. A. R. hat heute den Korps-Soldatenrat aufgehoben, da er in wichtigen und grundlegenden Fragen, z. B. Anwerbung von Freiwilligen, Entlassung des Jahrganges 1899, offen gegen die Regierung arbeitete und die Verhandlungen mit ihm über diese Punkte kein Ergebnis hatten. Ein provisorischer Korps-Soldatenrat ist in Tätigkeit geblieben.

Mäßregelung von Soldatenräten.

Weimar, 12. Febr. Wie verlautet, wird die Reichsregierung gegen alle Soldatenräte, die gegen die Bildung von Freiwilligenregimenten für den Grenzschutz gewirkt haben, strafend vorgehen.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 12. Febr. Hindenburg ist gestern nachmittag von Wilhelmshöhe nach Kolberg abgereist, wo für die nächste Zeit das Große Hauptquartier seinen Sitz hat.

Berlin, 12. Febr. Die militärische Lage im Osten: Armeekorpskommando Nord. Erfolgreiche Gefechte bei Jesno. Südlich Kowno erfolgreiches Gefecht einer litauischen Abteilung mit Bolschewiken. — Armeekorpskommando Süd. 5. A. R. Ein feindlicher Angriff wurde abge schlagen. 6. A. R. Nach Gefangenenansagen hat der Gegner seine Gegenangriffe zur Wiedereinnahme des Ortes Jbunz mit mindestens 3 Bataillonen geführt. Trotzdem blieb der Ort in unserer Hand.

Um weiterer Aufruhr vorzubeugen, sind aus Kulme (Westpreußen) als Festungsgefangene in die Festung Graudenz eingeliefert worden: Wikar Wrenca, der Arzt Kitawol und 5 weitere Polen. Kitawol ist inzwischen gegen eine Kaution von 100.000 Mk. auf freien Fuß gesetzt worden. Ferner sind 8 Personen, darunter zwei Beamte, als Geiseln nach Graudenz gebracht worden.

Litauen, 11. Febr. Durch den ethnisch-sinnlichen Vormarsch ist nunmehr das gesamte Gebiet der ethnischen Republik von den Bolschewiken befreit worden. Außer dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Wask sind auch die Städte Berro und Pelschory genommen worden. In Kurland ist die Lage vor Libau seit längerer Zeit unverändert. Auf beiden Seiten sind Verstärkungen eingetroffen. Die deutschen Stellungen an der Windau, vor denen öfters Gefechte stattfanden, sind behauptet. Die von den Bolschewiken besetzte Hafenstadt Windau wurde durch englische Kriegsschiffe beschossen. Inzwischen ist auch die in Mitau zurückgelassene Vertretung der deutschen Besatzung von ihrem Amtssitz entfernt worden. Sie wird seit über 2 Wochen in Wilna von den Bolschewiken unter strenger Bewachung zurückgehalten. Diese setzen in dem von ihnen besetzten Gebietsteilen ihre Schreckensherrschaft fort. In Riga werden täglich zahlreiche Personen ohne Unterschied ihrer Nationalität erschossen.

Das hat noch gefehlt.

Danzig, 12. Febr. Der Arbeiter- und Soldatenrat und der Volksgewaltsschutz bestehen auf ihrer Forderung, die auf dem Hagelsberg untergebrachten Grenzschutzgruppen, die sie für „Reaktionäre“ halten, erst unter Anwendung von Wassergewalt zu entwaffnen. Sie haben geplant, mit Arbeitern und ihnen ergebenen Truppen den Hagelsberg zu stürmen. Der Danziger Bürgerrat, in dem sämtliche Organisationen der Bürgerschaft von Handel, Industrie, Handwerk, die Beamten der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden zusammengeschlossen sind, hat sich geschlossen hinter das Generalkommando gestellt, das die Auflösung dieser Truppe verweigert, weil jeder einzelne Mann der Truppe für die sozialistische Regierung und die Republik verpflichtet worden ist. Auf ein Telegramm des Bürgerrats an die Reichsregierung in Berlin sandte in ihrem Auftrag Volksgewaltsschutz folgende Telegramm: „Es wird Beschwerde geführt, daß sich Ausschüß Eingriffe in taktische Führung und Organisation des Grenzschutzes anmaßt. Das weist Reichsregierung aufs entschiedenste zurück. Wegen weiterer Eingriffe wird die Reichsregierung die Ausschüßmitglieder mit aller Strenge zur Rechenschaft ziehen.“ Der Danziger Bürgerrat hat beschlossen, in Danzig den Generalstreik zu proklamieren, wenn der Volksgewaltsschutz in letzter Stunde von seinen feindlichen Absichten nicht abläßt. Verhandlungen dauern an.

Der Bürgerstreik ist in letzter Stunde durch Einlenken des Volksgewaltsschutzes vermieden worden. In einer Sitzung des Volksgewaltsschutzes mit den A- und S-Räten und den Betriebsarbeiterräten wurde beschlossen, die kritische Angelegenheit noch einmal der Reichsregierung zu unterbreiten und ihr die Entscheidung zu überlassen. Die Versammlung nahm aber einen Antrag an, den kommandierenden General des 7. A. R. Otto v. Below und mehrere Offiziere seines Stabs abzusetzen.

Streik und Truppenbeförderung.

Berlin, 12. Febr. Das Reichsmarineamt und der Zentralrat der Marine haben bei der Reichsregierung Beschwerde erhoben, daß durch die Lohnstreitigkeiten in Hamburg die Dampfer „Graf Waldersee“ und „Prinzessin“, die deutsche Truppen aus Odessa holen sollen, nicht ausfahren können. So werde das Schicksal von 25.000 Deutschen am Schwarzen Meer, die auf die Heimbeförderung warten, aufs schwerste gefährdet.

Einberufung des bayerischen Landtags.

München, 12. Febr. Der neu gewählte bayerische Landtag wird auf Freitag, den 21. Februar nach München einberufen.

Der badische Bahnhof in Basel.

Bern, 11. Febr. Im „Journal de Geneve“ machte ein Baseler Finanzmann den Vorschlag, den badischen Bahnhof in Basel von der Schweiz zurückkaufen zu lassen. Der Tiefstand der deutschen Valuta begünstigt den Plan ebenso sehr wie die Tatsache, daß Deutschland auf diese Weise seine 155 Millionen Franken Schulden an die Schweiz ermäßigen könne.

Die Friedenskonferenz.

Paris, 12. Febr. Die Zeitungen berichten, Marshall Foch habe von Erzberger einen Brief über deutsche Kriegsgefangene erhalten.

Der „Temps“ veröffentlicht eine halbamtliche Note, daß gewisse im englischen Interesse verbreiteten Nachrichten über die Sitzungen des obersten Kriegsrates unrichtig seien. (Es handelt sich offenbar um die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“, wonach Marshall Foch den obersten Kriegsrat vor der kriegerischen Stimmung in Deutschland gewarnt habe.)

Bern, 12. Febr. (Dep. Ag.) Der Bundesrat hat gestern der schweizerischen Bundesversammlung einen Bericht über die bisherigen Vorbereitungen des Völkerverbunds und eine Denkschrift über die Neutralität der Schweiz zugehen lassen.

Bern, 11. Febr. Wie Yvoner Blätter melden, ist die zweite französische Armee mit dem Sieg in Malhauen aufgelöst worden.

Die englische Thronrede.

London, 12. Febr. Der König eröffnete gestern persönlich das Parlament mit einer Thronrede. Zunächst sprach er von dem Zusammenbruch Deutschlands und von der Notwendigkeit, eine angemessene Streitmacht im Feld zu belassen, um die vollen Früchte des Sieges zu ernten. Die Lage in Irland erfülle ihn mit großer Besorgnis. Es bestehe aber die Hoffnung auf eine Regelung, die von Dauer sei. Großbritannien dürfe vor keinem Opfer zurücktreten, um die unverdiente Armut auszuwischen, die Erreichung dieses Ziels wird aber durch Gewalt oder Unruhen verzögert. Die Rede kündigt die Errichtung von Ministerien für die öffentliche Gesundheit und für die Verkehrsmittel an, ferner die rasche Vermehrung der Werkstätten, das Verbot des Verkaufs eingeführter ausländischer Waren unter dem Preis, der in dem Lande, aus dem sie kommen, üblich ist, endlich die Ansiedelung von Soldaten und die Förderung der Aufforstung. Der König ersuchte das Parlament, die industriellen Fragen ernstlich in Erwägung zu ziehen und keine Anstrengungen und Opfer zu sparen, um die jetzige Ruhelosigkeit zu heilen und dem industriellen Leben des Staats einen glücklicheren einheitlichen Geist einzuflöschen.

Ende des Ausstands?

London, 12. Febr. (Reuter.) Der gemeinsame Ausschuß der Ausständischen am Clyde hat empfohlen, die Arbeit heute wieder aufzunehmen.

Kriegsdrohung Japans?

Newyork, 12. Febr. Nach einem in Washington eingelaufenen amtlichen diplomatischen Bericht hat Japan, wie „N. Y. Press“ meldet, China den Krieg angedroht, wenn China in Paris die zwischen Japan und China abgeschlossenen Geheimverträge vorlegen und seine Vertragspflichten (Ueberlassung aller früher an Deutschland gewährten Konzessionen aller Art an Japan) nicht erfüllen sollte. China erbittet die Unterstüzung der Vereinigten Staaten und Englands. — Die Abschriften der Geheimverträge sollen dem chinesischen Delegierten zur Friedenskonferenz auf der Reise durch Japan aus dem Koffer gestohlen worden sein.

Kein Frauenstimmrecht in Amerikas Verfassung.

Washington, 12. Febr. (Reuter.) Die Bewilligung des Frauenstimmrechts durch Änderungsantrag zur Bundesverfassung ist vom Senat wieder verworfen worden.

Zur Nationalwahl in Deutschland.

Die nächsten Sonntag findet die Wahl zur deutsch-österreichischen Nationalversammlung statt, die darüber entscheiden wird, ob Deutsch-Österreich zu uns kommen wird oder nicht. Die freundlichen Begrüßungs-Telegramme der Deutsch-Österreicher an die Nationalversammlung in Weimar lassen darüber keinen Zweifel mehr und die herzlichsten Worte, die der neugewählte Präsident für sie sand, werden ihren Eindruck auch nicht verfehlen.

In Deutsch-Österreich hat man nach dem Zusammenbruch den gesetzmäßigen Zusammenhang nicht einfach über Bord geworfen, das alte österreichische Rump-parlament hat vorläufig weitergetagt. Die Koalition der drei großen Parteien, Deutschfreiheitliche, Christlichsozialen und Sozialdemokraten hat der Nationalversammlung gesetzmäßig den Weg geebnet und dadurch ihrem Lande den Spartakismus und Bürgerkrieg erspart.

Um für die Wahlen die Wahlfreiheit zu schützen, haben Christlichsoziale und Sozialdemokraten vereinbart, gegenseitig die Wahlversammlungen nicht zu stören. Geschlossen stehen Christlichsoziale und Sozialdemokraten, die keine Mehrheitsparteien, Unabhängige und Spartakisten kennen. In einer heillosen Verwirrung befindet sich dagegen das freiheitliche deutsche Bürgertum. In den Hanoländern werden die Wahlen wohl zum Teil auf Schwierigkeiten stoßen, aber die Nationalversammlung ist zweifellos gesichert, sie wird voraussichtlich eine größere bürgerliche Mehrheit aufweisen, als ihre deutsche Schwester.

Teilen die Deutsch-Österreicher zu uns, so werden die Parteien in gegenseitige Fühlung zu treten haben. Den Sozialdemokraten weisen ihre alten gegenseitigen Beziehungen den Weg. Die Christlichsozialen haben sich auf den republikanischen Boden gestellt, das konfessionelle Band wird sie mit dem Zentrum in Verbindung bringen. Die Sammlung des freiheitlichen Bürgertums wird eine der wichtigsten Aufgaben in den neuen Ländern sein. Hier muß die Deutsche demokratische Partei durch ihre eigene Geschlossenheit einigend wirken.

Die demokratische Weingärtnerbund hielt am Sonntag in Bruttelbach eine sehr gut besuchte Versammlung ab unter dem Vorsitz von Schuttsch Wendel-Schnaith. Herr Rechtsanwalt Dr. Erlanger-Stuttgart legte in seinem Vortrag dar, wie nach dem Herbst 1917 ein Vorgehen des Kriegsvölkeramts gegen die Erzeuger, die Weine eingelagert hatten und viele zu den der Marktlage entsprechenden Preisen ver-

kaufen, eingeseht habe. Die heutige Preiserhöhung ist eine Prämie für den Weingärtner, der schon im Vorjahr unverschämte Preise war, während der, der im Vorjahr bescheiden war, nun doppelt das Nachsehen hat. Herr Gemeinderat Krämer-Stuttgart führte aus, die Organisation der Weingärtner sei nötig, um gegen den von den Wirten gemachten Vorwurf Front zu machen. Die Sozialisierung sei gewiss jedem Weingärtner willkommen, wenn Löhne, wie sie z. B. die Arbeiter fordern, auch den Weingärtnern bezahlt würden. Wie aber könnte der Staat dies? Und was kostete dann der Wein? Der Weingärtner muß sich auch politisch organisieren, um Vertreter ins Parlament zu entsenden und dort für sein Recht zu wirken. Das Mitglied des Hauptausschusses der D. v. B., Herr Paul Fig-Stuttgart, betonte einer Behauptung der „Schwäb. Tagwacht“ gegenüber, die D. v. B. sei nicht dafür, daß der Weingärtner Wucherpreise verlangen soll, auch der Wirt soll am Aussehen seinen Verdienst haben und dem Verbraucher sei ein billiges Glas Wein zu wünschen, aber der Weingärtner müsse auch angesichts der hohen Weinbaukosten und der teuren Lebenshaltung zur Zeit angemessene Preise erhalten. Sie nehme sich also berechtigten Interessen der Weingärtner an, ohne daß diese, wie bei einer andern Partei, Gefahr laufe, Stimmvieh für Leute zu sein, deren seitlicher Laune uns in die heutige Lage gebracht habe. Es folgte eine rege Diskussion, die noch manche neue Anregung gab. Dem demokratischen Weingärtnerbund traten nahezu alle Erschienenen von Beutelsbach, Nittelberg, Grumbach, Geradsteden und Schorndorf bei, ein Beweis, wie erwünscht die Neugründung war. Weitere Anmeldungen nehmen entgegen: O. N. Krämer-Stuttgart, Schultheiß K. A. M. Schimpf und Schultheiß W. E. Schmitt.

Ein beachtenswerter Vorschlag.

Die „Frankfurter Zeitung“ macht einen sehr beachtenswerten Vorschlag, indem sie fordert, daß neue Methoden für die Veröffentlichung der offiziellen politischen Verhandlungen des demokratischen Deutschlands eingeführt werden. Sie weist hin auf die Tatsache, daß in den politischen Debatten der letzten Wochen vielfach mit Schlagworten gelämpft worden ist, statt mit sachlichen Gründen, die aus einer genauen Kenntnis der Materie geboren waren. Auch die Debatten der Nationalversammlung müßten dem ganzen Volke zugänglich gemacht werden. Das Frankfurter Blatt schreibt:

„Was not tut, ist klar: Es müssen fortan alle diese offiziellen Protokolle, Denkschriften usw. zu einem billigen Preise amtlich für jedermann, der sie abonnieren will, herausgegeben werden, damit jeder, der sich aus ihnen belehren und sein eigenes, unbeeinträchtigtes Urteil bilden will, die Möglichkeit dazu erhalte. Es muß Politik nicht nur gemacht, es muß Politik auch geteilt werden, und gerade bei uns, wo die Demokratie nicht im langsamen Weg friedlicher Reform, sondern plötzlich durch die Revolution verwirklicht wurde. Es muß politisches Erziehungs- und politisches Wissensmaterial in das Volk kommen, damit sich die Politik nicht nur weiterhin, wie vor der Revolution, ohne Teilnahme des Volkes in den engen Kreisen der sog. politischen Kreise abspiele. Der Vorschlag, den wir machen, ist eine elementare Konsequenz der Demokratie. Und wir hoffen, daß man ihn verwirklicht.“

Dieser Hoffnung schließen wir uns an.

Baden.

(*) **Karlsruhe, 12. Febr.** In der gestrigen Vornmittagsitzung des Verfassungsausschusses wurde von verschiedenen Seiten betont, daß es notwendig sei, die Verhandlungen etwas rascher zu führen. Die Abstimmung über den letzten Abschnitt des § 19 (Wahl- und Vermittlungsfreiheit) wurde vorerst zurückgestellt. Der Ausschuss trat darnach in die Beratung des Abschnittes III der Regierungsvorlage ein, der die Teilnahme des Volks an der Gesetzgebung und Verwaltung durch Referendum und Initiative behandelt. Einstimmig wurde darüber erzielt, daß ein Volksentscheidungsrecht (Volksinitiative) 80.000 Stimmen auf sich vereinigen müsse. Eine längere Aussprache entsann sich da darüber, ob das Proportionalwahlverfahren (Verhältniswahl) in der Verfassung festgelegt werden solle. Von demokratischer und sozialdem. Seite wurde dafür, vom Zentrum dagegen gegenwärtig. Das Land soll in vier Wahlbezirke eingeteilt werden; eine kleine Minderheit wünschte nur einen Wahlbezirk.

(*) **Karlsruhe, 12. Febr.** (Die Genehmigungspflicht für Tanzveranstaltungen.) Da die Vergütungssucht immer weitere Kreise ergreift und die Zahl der öffentlichen Besichtigungen, namentlich der Tanzveranstaltungen, an denen ein großer Teil unserer Bevölkerung ersten Anstoß nimmt, einen großen Umfang angenommen hat, sind die Bezirksämter vom Ministerium des Innern angewiesen worden, die früheren Bestimmungen über die Genehmigung öffentlicher Tanzveranstaltungen wieder mit aller Strenge durchzuführen, und bei der Zulassung die größte Zurückhaltung zu üben, soweit nach den örtlichen Verhältnissen nicht ein vollständiges Verbot derselben angezeigt erscheint.

(*) **Karlsruhe, 12. Febr.** Im Alter von 70 Jahren ist hier Studentat G. M. Wader gestorben.

(*) **Karlsruhe, 12. Febr.** Die Unabh. Soz. Partei für Baden hält am 15. und 16. Februar hier ihre erste ordentliche Landeskonferenz ab.

(*) **Karlsruhe, 11. Febr.** Gestern nachmittag ist eine französische Truppenabteilung, bestehend aus 2 Offizieren und 38 Mann zur Überwachung des Karlsruher Rheinhafens eingetroffen. Auf den Geschäftsgang des Rheinhafens hat nach der „Bad. Presse“ diese Überwachung keinen Einfluß.

(*) **Meerheim, 12. Febr.** Gestern vormittag kam es zu einer Arbeitslosenkundgebung, an der sich vor allem jugendliche Leute beteiligten. Als sie versuchten, in das Rathaus einzudringen, kam es zu einem Zusammenstoß

Der Volkshilfe, wobei ein mehrerlei durch einen Messerschlag verletzt wurde.

(*) **Vom Schwarzwald, 12. Febr.** (Schwindler.) Dieser Tage kam zu einem Landwirt in Traumborn ein Mann, zeigte ein Schriftstück vor, daß er beantragt sei, nach falschem Geld zu fahnden und nahm den Betrag von 1200 Mk. mit angeblich gefälschtem Papiergeld. Er ließ dann noch ein Schein zurück, wornach der Landwirt alles konfiszierte Geld bzw. Ertrag hierfür auf dem Amt in Triberg holen könne. In Triberg mußte dann der Mann erfahren, daß er von einem Schwindler befohlen wurde.

(*) **Nohrbach b. Heidelberg, 11. Febr.** Der Bürgerausschuss soll einen Kredit von 60.000 Mk. zur Vornahme von Hofstandsarbeiten bewilligen.

(*) **Durlach, 11. Febr.** Die Volkshilfe beschlagnahmte drei Körbe mit etwa 3/4 Zentner Rindfleisch, das für Karlsruher bestimmt war.

(*) **Schwellingen, 11. Febr.** Der Bürgerausschuss hat den städtischen Beamten, Bediensteten und Arbeitern neue Teuerungszulagen, die vom 1. Januar ab zahlbar sind, gewährt. Die Bezieher erhalten Zuschläge zu den Teuerungszulagen von monatlich 60 Mk., die Ledigen von monatlich 30 Mk.

(*) **Pforzheim, 11. Febr.** (Eisenbahnunfall.) Am Sonntag in der Frühe riss zwischen den Stationen Erzingen und Bilsingen ein von Pforzheim nach Karlsruhe fahrender Güterzug in zwei Teile. Während der vordere Teil weiterfuhr, da das Fahrpersonal keine Kenntnis von dem Vorfalle hatte, kam der hintere, abgerissene Teil bei dem bestehenden Gefälle ins raschere Rollen und stieß hart auf den letzten Wagen auf. Dabei ging eine Anzahl Wagen in Trümmer, teils wurden sie auch aus dem Gleis gehoben, so daß beide Gleise auf längere Zeit gesperrt waren. Der Materialschaden ist bedeutend. Von Karlsruhe wurde ein Hilfszug mit Personal und Geräte abgefordert. Die Aufräumungsarbeiten nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Erst in der Nacht konnte ein Gleis dem Verkehr wieder freigegeben werden. Die Reisenden nach Mühlacker-Stuttgart wurden über Bruchsal befördert, der Nahverkehr durch Umsteigen aufrechterhalten.

(*) **Pforzheim, 11. Febr.** Die Bauarbeiten auf dem hiesigen Bahnhof werden nunmehr fortgesetzt. Bei der Arbeiterübergebung für die Erweiterung der Unterführung an der Hirsangerstraße waren sehr viele Angebote eingereicht worden. Sie schwankten zwischen 170.528 Mk. und 24.295 Mk. — Im hiesigen Amtsbezirk wurden bis Ende vorigen Jahres 23,9 Mill. Mk. für Reichsriegsunterstützung ausbezahlt.

(*) **Offenburg, 11. Febr.** Aus dem von den Franzosen besetzten Brändelsgebiet kehrt dem „Offenburger Tagblatt“ berichtet, daß die dortige Bevölkerung die feindliche Besetzung sehr drückend empfindet und daß man sich vor allem darüber beklagt, daß gerade kleinere Leute außerordentlich harte Einquartierung bekommen haben. So hat z. B. ein Arbeiter in April 15 und ein Bahnwart 14 schwarze Soldaten unterzubringen. In der kleinen Gemeinde Leutesheim (900 Einwohner) liegen 500 Kavalleristen mit Pferden. Die Franzosen erlassen stündlich neue drückende Bestimmungen.

(*) **Offenburg, 11. Febr.** In Ulffingen feierte vor wenigen Tagen das Ehepaar Konstantin Kiefer das Fest der eisernen Hochzeit.

(*) **Achern, 11. Febr.** Zu der Beschlagnahme der 1000 Liter Branntwein schreibt man den „Bad. Nachr.“, daß ähnliche große Mengen seit Jahren auch auf dem Bahnhof Baiersbrunn oder Freudenstadt hätten gemacht werden können. Man munkelt davon, daß auf der Achertalbahn gar mancher Wagen, mit Sägespänen, Reihöfen und dergl. beladen, zum Versandt gekommen sei, in dessen Innern große Fässer mit Branntwein verborgen waren.

Württemberg.

(*) **Stuttgart, 12. Febr.** (Kundgebung.) Zu Volkshilfe für württ. Kriegs- und Zivilliegende veranstaltete gestern eine zweite nachvollständige Kundgebung in Stuttgart. Kommerziant Walter Kieser sprach darüber, daß die neue Ordnung die Aufgabe habe, namentlich im deutschen Volk und in der ganzen gesitteten Welt die Forderung der sofortigen Freigabe unserer Gefangenen zu erheben, sowie durch eine Volkshilfe die Mittel zu beschaffen, um die Gefangenen mit Nahrungsmitteln und Kleidern zu versorgen und sie auch nach ihrer Rückkehr tatkräftig unterstützen zu können. Die Schwestern von 6 aus den verschiedenen Gefangenschaft überbrachten 6 in Kriegs- und Zivilliegenden waren eine jurethare Kullage unserer Kameraden. Aber auch die Erfahrung von der völligen Teilnahmelosigkeit weiter Kreise der Heimat ihrem Vorse gegenüber trage viel zu ihrer Verbitterung bei. Die Hallen eines Gefangenen richtete einen eindringlichen Appell an die anwesenden Frauen und Mädchen, ihre Stimme für die 800.000 deutschen Gefangenen zu erheben und nicht zu ruhen, bis ihre Befreiungshände geschlagen habe. Eine in diesem Sinn gehaltene Entschiedenheit wurde von den 2000 Anwesenden einstimmig angenommen.

(*) **Leonberg, 12. Febr.** (Pferdemarkt.) Der gestrige Pferdemarkt war von nahezu 3000 Personen von auswärts besucht. Über 1000 Pferde waren zugeführt; der leichtere Schlag war stark vertreten. Die Preise hielten sich auf außerordentlich hoher Höhe. So wurden für ein Paar nicht erstklassige Pferde 18.000 Mark bezahlt. Selbst für Schlachtpferde wurden bis zu 1000 Mark geboten. Ein Marktbesucher fand zu seiner Überraschung seinen Fuchsen nebst Wagen wieder, der ihm vor 14 Tagen in Kornwestheim gestohlen worden war.

(*) **Göppingen, 12. Febr.** (Vergiftung.) Präparator Karl Kopp, der aus Versehen vor 14 Tagen Auflösung von Saccharin getrunken hatte, ist jetzt an Vergiftung gestorben.

(*) **Ulm, 12. Febr.** (Wohnungsbau.) Verschiedene hiesige Kasernen hier sollen für Wohnungen eingerichtet werden.

(*) **Ulm, 12. Febr.** (Kohlenmangel.) Infolge Kohlenmangels mußte die Firma Wieland u. Cie. Arbeitseinstellungen vornehmen. Die Maßnahme wird gemildert durch Auposition einiger Kesselanlagen für Holz-, Öl- und Treibenerzeugung. Die Stadtverwaltung hat der Firma 1000 Ztr. Torf geliefert.

(*) **Obernährin, Oßspadingen, 12. Febr.** (Die Wetterglocke.) Unter den beschlagnahmten Glocken war auch die als Wetterglocke bekannte Glocke der St. Wolfgangskapelle auf dem Scheibensblü als Kriegsoffer bestimmt. Schon auf den Wagen geladen, harrte sie im Sommer 1917 der Abfuhr. In der Nacht vor der Abfuhr verfiel aber die Glocke spurlos. Erst jetzt, nachdem die Gefahr für sie vorüber ist, ist sie wieder aus der Verborgenheit aufgetaucht und hängt seit Weihnachten 1918 wieder in der Kapelle. Wie verlautet, war sie in der Zwischenzeit von einem Bürger verborgen gehalten worden.

Von der Landesversammlung.

(*) **Stuttgart, 12. Febr.** Der Verfassungsausschuss setzte gestern die Prüfung des Verfassungsgesetzes bei § 4 fort. Absatz 1 des § 4 wurde in folgender Fassung nach dem Entwurf angenommen: „Das Volk äußert seinen Willen durch Abstimmung und Wahl.“ Ein Antrag Hieber und ein Antrag Walter (Z.) hatten das 20. Lebensjahr als Wahlalter vorgeschlagen. Ein Redner der D. v. B. hat die Abstimmung über diese Frage erst in der zweiten Lesung vorzunehmen. Vorsitzender Dr. v. Hieber teilte mit, daß ein Schreiben des Landesauschusses der A- und S-Mitglieder Württembergs e. g. „gegangen sei, worin scharfer Protest gegen die Heraushebung des Wahlalters von 20 auf 21 Jahre erhoben war.“ Gegen dieses Schreiben wurden von Seiten des Zentrums und der Bürgerpartei lebhafter Bedenken erhoben. Nachdem aber ein Redner der D. v. B. erklärt hatte, daß seine Fraktion noch zur Frage des 21. Lebensjahres Stellung nehmen wolle, wurde die Entscheidung der Abstimmung bis zur zweiten Lesung mit 23 gegen eine Stimme beschlossen. Die Einführung der Wahlpflicht, wie sie ein Antrag Walter und Gen. (Z.) verlangte, wurde mit 15 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Ein weiterer Zentrumsantrag, der mit 14 gegen 10 Stimmen angenommen wurde, erklärt für wahl- und stimmberechtigt alle Staatsbeamten und Staatsangestellten, deren Amtssitz nicht über 30 Kilometer außerhalb des württ. Staatsgebietes liegt, sowie deren Familienangehörige. Ein Zusatzantrag W. S. (D. v. B.), diese Wahlberechtigung auch Militärpersonen zu übertragen, welche einem außerhalb Württembergs befindlichen geschlossenen württ. Truppenteil angehören, wurde mit 16 gegen 8 Stimmen angenommen.

In § 5 des Entwurfs ist die Frage der Rechte und Pflichten der Staatsbürger behandelt. Ein Antrag Scheel (D. v. B.), den Satz von § 5 wie folgt zu fassen: „Es gibt keine Vorrechte des Standes und der Geburt“ wurde angenommen. Finanzminister Viehling teilte mit, daß die verliehenen Orden von Beamten und Untergebenen wieder getragen werden können, ebenso auch die militärischen Ehrenzeichen. Durch die Abschaffung der Orden tritt aber keine Ersparnis, sondern eine Mehrausgabe für den Staat ein, weil seither viele Leistungen vom Staat (z. B. Sachverständigenurteilen) mit Orden beschieden wurden; in Zukunft müssen hierfür Geldentschädigungen geleistet werden. Satz 3 wurde in folgender Fassung angenommen: „Alle Titel, insofern sie nicht einem öffentlichen Amt verbunden sind, sind aufgehoben, neue dürfen nicht eingeführt werden.“ Satz 4 fand folgende Fassung: „Orden und Ehrenzeichen werden nicht mehr verliehen; keine Staatsbürger dürfen von einem nichtdeutschen Staat Orden und Ehrenzeichen oder einen Titel annehmen.“

Ein Antrag Wurster (Bürg. P.) fand als Zusatz Annahme: „Ausgenommen sind akademische Grade und Würden, sowie Auszeichnungen für wissenschaftliche und künstlerische Verdienste.“ § 6 und § 7 Absatz 1 finden mit redaktionellen Änderungen Annahme.

In der heutigen 4. Sitzung wurde die Beratung bei § 8 des Entwurfs (persönliche Freiheit) fortgesetzt. Der Vertreter der Unabhängigen stellt hierzu mehrere Anträge. U. a. will er, daß jedem Staatsbürger das Recht des Waffentragens zustehen soll. Gegen diesen Antrag wenden sich die Vertreter aller Parteien. Einige Anträge der andern Parteien zu § 8 werden bis zur zweiten Lesung zurückgestellt und es wird der Paragraph schließlich mit einer kleinen Änderung angenommen. Der § 9 des Entwurfs, der die Unverletzlichkeit des Hausrechts festlegt und eine Beschlagnahme und Durchsuchung von Briefen und Papieren nur in den gesetzlich bestimmten Fällen gestattet, wird ohne wesentliche Aussprache nach dem Regierungsentwurf angenommen.

Mutmaßliches Wetter.

Die Aufhebung des Hochdrucks geht nur langsam vor sich. Am Freitag und Samstag ist weiterhin meist trockenes und kaltes Wetter zu erwarten.

Das Notgesetz zur Gemeindeordnung.

Eingefandt.

Während sich das Votum unserer Verfassungsgebenden Landesversammlung auf drei Wochen vertagt, dürfte in den einzelnen Gemeinden ein eifriges gearbeitet werden. Es ist ganz natürlich, daß man im Land den Verhandlungen großes Interesse entgegenbringt. So ruft der Entwurf des Notgesetzes zur Gemeindeordnung überall lebhaftere Erörterungen hervor. Von der Mehrheit des landwärtigen Volks wird es vor allem nicht verstanden, daß auch bei den Gemeindevahlen die Altersgrenze von 20 Jahren bestehen bleiben soll. Wenn damit argumentiert wird, daß ja auch zur Landes- und Nationalversammlung diese Grenze gelegt war und eine Änderung davon Rücksicht bezeugen würde, so kann dies wohl nur als eine kleine Verlegenheitsrede bezeichnet werden. Die Volljährigkeit in rechtlicher Beziehung wird ja auch erst mit 21 Jahren erreicht. Baden hat im Wahlalter auf 21 Jahre heraufgesetzt.

Dem Willen der Bürgerausschüsse werden nicht viele Taten nachzusehen werden. Doch das Einkammersystem bietet entschiedene Vorteile.

Der Sonntag im alten Gesetz ist. Beschluß der Abgeordneten am 17. November 1918.



schlich als Wahltag bestimmt. Im Interesse einer zugehörigen Wahlteilnahme ist dies zu begründen. Eine Bestimmung aller Dinge dürfte bei der Festlegung der neuen Wahlordnung notwendig sein. Die Wahlordnung sollte spätestens abends 6 Uhr ihrer Wirksamkeit überlassen werden. Nach den Erfahrungen bei der Landes- und Nationalwahl ist eine Verminderung der Wahlbeteiligung dadurch nicht zu befürchten. Andererseits sind die Wahlvorsitzer und Beisitzer, die nach Wahlabschluss auch noch das Stimmenzählen zu erledigen haben, auch Menschen. Das Wahlrecht ist nicht mehr an das Bürgerrecht gebunden, es entscheidet lediglich der Wohnort. Wenn auch diese Bestimmung an sich mit Rücksicht auf die heimkehrenden Krieger, und die vielen Arbeiter, welche jetzt aus wirtschaftlichen Gründen den Wohnort wechseln müssen eine gewisse Berechtigung hat, so muß doch für die Zukunft eine bestimmte Aufenthaltsdauer zu Grunde gelegt werden.

Mit Nachdruck muß aber von der Volksvertretung verlangt werden, daß das Verhältniswahlverfahren für alle Gemeinden, ohne Ausnahmen, eingeführt wird. Derselben Gründe, die bei Kreis- und Landeswahlen dafür maßgebend waren, müssen auch für die Gemeindevahlen ihre Geltung haben. Mit gewisser Sorge steht man gerade im Land in dieser Frage der Entscheidung der Kommission der Landesversammlung entgegen. Auch die kleinen und kleinsten Gemeinden dürfen nicht der Gefahr einer Klassenherrschaft ausgesetzt werden. Unter allen Umständen muß auch hier die Rücksicht sein: Gleiches Recht für Alle, Schutz der Minderheiten. Nicht stichhaltig ist die Behauptung, es werde vielerorts nicht gewünscht in kleinen Gemeinden, welche bisher bei den Wahlen von Parteistreit nicht infiziert waren, reine Parteiwahlen, wie sie das Proporzverfahren nun einmal mit sich bringt, aufgezungen zu bekommen. Der Neubau unseres gesamten Verfassungswesen muß und wird von den politischen Parteien getragen werden. Politisch treiben ist jetzt Pflicht jedes Staatsbürgers. Wo man nicht einen Ueberflug an Parteien hat, kann man sich leicht auf eine gemeinsame Vorschlagsliste einigen. Sind keine politischen Konkurrenz vorhanden, dann sollen übrigens die angeführten Einwände von selbst weg. Wohl denjenigen Gemeinden, die sich in dieser allseitigen Lage befinden. Aber ist es jetzt überhaupt noch solche? R. F.



ep. Protestwoche für die deutschen Gefangenen. Der Volksbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen will die Woche vom 8.-15. Februar in allen Gauen Deutschlands zu einer Protestwoche gestalten. Ueberall sollen Massenversammlungen in mächtvollen Kundgebungen des Volkswillens die sofortige Freigabe unserer gequälten Kriegs- und Zivilgefangenen fordern, — das einzige Mittel, unsern Unterhändlern den Rücken zu stärken, damit sie bei den wenigen Tagen beginnenden Verhandlungen über die abermatige Verlängerung des Waffenstillstands mit Nachdruck für die rasche Befreiung unserer Gefangenen eintreten können. Männer und Frauen, geht in die Versammlungen, schließt Euch der Volkshilfe an, vergeßt nicht die hinterm Stacheldrath! Weib das Volksgewissen summt, so wird man vergeblich an das Gewissen der Welt appellieren. — Wie es unseren Gefangenen in England

ergeht. Das „N. F.“ veröffentlicht einen Gefangenensbrief aus England, dem wir folgendes entnehmen: Den 19. Januar 1919. Was für eine Freude!! Schon Post vom Dezember! Herzlichen Dank für die vielen lieben Briefe und dann erst für die Paket! Macht Euch aber doch keine unnötigen Hoffnungen wegen meines baldigen Heimkommens; vor Herbst ist nicht daran zu denken... Was nämlich die deutschen Zeitungen über Austausch schreiben, stimmt nicht. Solange die Spartakusgruppe keine Ruhe gibt, ist ja garnicht an Frieden und an Austausch zu denken. Wir sind über jede Kleinigkeit unterrichtet, wahrscheinlich weit besser als Ihr, vor allem aber auch über die Aussichten auf dieser Seite des Rheins...

Keine Faschnachtveranstaltungen. Die bad. Regierung hat alle Faschnachtveranstaltungen, Masken und Verkleidungen verboten.

Vom Sparen. Im Jahr 1918 sind nach einer vorläufigen Berechnung des Fachblatts „Spartakus“ die Sparlagen in Deutschland in den Sparbüchern von 3828 auf 5164 Millionen Mk. oder um 32 Prozent gestiegen. Die Zahl der Sparbücher hat sich um 10 Prozent vermehrt.

Verminderung unseres Viehbestands. Die letzte Viehzählung vom Dezember 1918 hat ein wenig erfreuliches Ergebnis gehabt. Die Zahl der Rinder ist auf 17 226 855 heruntergegangen (d. h. fast 2 1/2 Millionen weniger als im Jahr 1917), Schweine waren es nur noch 10 080 375 Stück (d. h. um mehr als 1/2 Million weniger als im Dezember 1917). Zwar hatte sich die Schweinezucht gegen März 1917, wo sie mit einem Bestande von 5 1/2 Millionen den tiefsten Stand erreicht hatte, bis zum September 1918 auf 10 617 606 gehoben; im letzten Vierteljahr verringerte sie sich wieder um 600 000 Stück. Im Frieden hatten wir mehr als 20 Millionen Schweine. In Schafen bejagen wir 5 299 000 Stück, rund 370 000 mehr als im Vorjahr, aber erheblich weniger als im Frühjahr 1918. Auch die Ziegen haben sich auf 4 137 289 Stück vermindert. Am meisten gemindert ist das Federvieh, von dem es keine 50 Millionen mehr gibt, während wir noch im Herbst 1918 über 66 Millionen Stück hatten. Die Zahl der Rindchen ist auf 9 Millionen gestiegen. Die Zahl der Pferde auf 3 378 481 (200 000 mehr im Vergleich zu 1917).

Remonteanlauf. Das würt. Kriegsministerium wird den Anlauf von Remonten für 1919 wiederum ansfallen lassen.

Ablieferung von Schlachtvieh. Noch vor einigen Wochen mußten die Landwirte vor Ueberlieferung von Schlachtvieh gewarnt werden. Und jetzt ist bereits eine Stockung in der Ablieferung eingetreten. Der Bedarf, der damals infolge des geminderten militärischen Bedarfs stark zurückging, ist heute wieder größer, schon infolge der Erhöhung der Ration.

Die Gasthauswäsche. Das Verbot für die Inhaber von Gastwirtschaften usw. bezüglich der Tarnzeichnung von Mundtüchern und der Bedeckung der Tische besteht nach wie vor. Verletzungen dagegen werden immer noch mit der Enteignung der Bestände der Tischwäsche bestraft.

„3 Mark in der Woche!“ In der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“ erzählt Dr. E. Steiniger folgendes Geschichtchen: In einem Arbeitgeber kommt einer seiner Arbeiter, der bisher mit seinem Lohn zufrieden war und erklärt: „Für 3 Mk. die Woche kann ich nicht arbeiten!“ „3 Mk. die Woche?“ fragt erstaunt der Unternehmer. „Na, ja; ich, meine Frau und meine Kinder bekommen wöchentlich zusammen 102 Mark Erwerbseinkommenunterstützung. Sie bezahlen mir aber 105 Mk. Lohn; für die 3 Mk. kann ich doch nicht die ganze Woche arbeiten!“

Vermischtes.

Auch ein Stecks. Bei der von unabhängigen Sozialisten und Anarchisten veranstalteten Trauerfeier für Liebherr, Rosa Luxemburg und Franz Mehring in München sind die zu Aufhörtzügen bestellten Künstler weggeblieben.

Die Frau in der Nationalversammlung. In Weimar sind unter den 421 Abgeordneten 36 Frauen in die Nationalversammlung eingezogen. Davon entsandte die Sozialdemokratische Partei 13, das Zentrum 7, die Deutsche demokratische Partei 5, die Deutschnationale Volkspartei (Konserv.) 3, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 3, die Deutsche Volkspartei (Natl.) 1. Diese 36 Frauen vertreten folgende Berufe: Schriftleiterin 1,

Sekretärinnen 4, Lehrberuf 8 (2 Schulpflichtlehrerinnen, 1 Mittelschullehrerin, 2 Oberlehrerinnen, 1 Volksschullehrerin), Journalisten 6 (Vortragssekretärin, 2 Sekretärinnen, 2 Gewerkschaftsbeamtinnen), 8 Hausfrauen ohne weitere Angaben.

41 französische Generale sind nach amtlicher Meldung während des Kriegs gefallen.

Das Haupt der Mormonen gestorben. Der Mormonenhauptling Josef Schmitt (junior) ist im Alter von 80 Jahren im Staate Utah (Vereinigte Staaten von Amerika) gestorben und hinterläßt 5 Witwen, 43 Kinder und 90 Enkel. Er war als Kette des ersten Mormonenpropheten gleichen Namens 1838 im Staate Illinois geboren, wo sein Vater und sein Onkel getötet worden waren. Oberhaupt der Mormonensekte in Utah wurde er 1901. Wegen seiner Vielweiberei wurde er mehrmals von der Regierung der Vereinigten Staaten gestraft, doch immer nur verhältnismäßig gering. Er war ein geriebener Geschäftsmann, was sowohl sich, wie seiner Sekte gewaltige Summen eingebracht hat.

Die Garankströmung im Eisenbahnwagen. Der „Nouveliste de Lyon“ veröffentlicht eine Mitteilung der französischen Eisenbahngesellschaft wonach man in den Ueberresten des einen der verbrannten deutschen Wagen bei Nanteuil Teile eines Uhrwerkes gefunden habe, das von der Explosion teilweise zerstört und zerstückelt im Wagen gewesen sei. Man glaubt hierin die Erklärung für das bereits gemeldete Eisenbahnunglück gefunden zu haben. Wie das Blatt weiter erzählt, sei dieser seltsame Brand nicht der erste derartige Vorfall, den man auf den französischen Eisenbahnen seit der Ablieferung des deutschen Materials zu verzeichnen habe. Man habe schon verschiedene Brandstellen in Eisenbahnwagen gefunden und Untersuchungen seien im Gange. Schon am 18. Januar habe der Generalstab die Eisenbahnbehörden zu einer scharfen Untersuchung des abgelieferten deutschen rollenden Materials aufgefordert.

Wiße vom Tage.

Fremde Sprachen. In einem Budapest Kaffeehaus sah ein Hamburger Soldat neben einem ungarischen Kameraden. Der Ungar war sehr mitteilbar und erzählte dem Deutschen allerlei, obgleich keiner die Sprache des anderen verstand. Als aber der Ungar zu weinen anfing und der andere sich vergeblich bemühte, den Grund dieser plötzlichen Traurigkeit zu erfahren, mußte der Kellner herantreten, der ein Wiener war und ungarisch sprach. „Wegen was der stenn?“ meinte der Kellner. „Halt wegen der Mut. Wissens, d' Mut, d' wureit d' Leut da a so ummannd, daß reanzgen müssen. Aber posien's Obacht, glet derkonst er si wi: um und dann heren'gegen, dann geht's eadim in d' Fluß...“ Resigniert winkte der Deutsche ab. „Kösten Sie Herr Ober.“ sagte er. „Da verstehst du ja den da noch effer!“

Wahlbemerkung. Fräulein Mitz tritt zur Wahlurne. In feicher selbgrauer Wähler ist im Abgehen. Endlich brummt der Wahlvorstand: „Nicht den Regenschirm, Fräulein, den Wahlumschlag.“ („Jugend.“)

Deutsche Demokratische Partei

Programme, Beitrittserklärungen
— schriftlich und mündlich —
Auskunft usw., bei der Geschäftsstelle
STUTTGART, Kl. Königsstraße 7, II. Stock.
Fernsprecher 3840 und 10 788.
Postfachkonto: STUTTGART Nr. 2501.

Der Bund deutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II. hat jetzt im Neuenbürger Bezirk 600, im ganzen Reich 200 000 Mitglieder. Die Werbung wird fortgesetzt und auf weitere Landesteile ausgedehnt; sie führt hoffentlich zu einem raschen Anwachsen und damit zu einem größeren Einfluß des Bundes. An sämtliche Mitglieder der deutschen Nationalversammlung wandte sich der Bund mit einer Eingabe. Er bringt darin die Zuversicht zum Ausdruck, daß es der deutschen Nationalversammlung einerseits durch eine bewaltige Protesterklärung unseren Feinden gegenüber, andererseits durch eine freundschaftliche Kundgebung an die holländische Regierung gelingen wird, die Auslieferung unseres Kaisers zu verhindern und so den gleichsam auf unsere Nationallehre hinzielenden Todesstoß erfolgreich abzuwehren. Hoffentlich sind die Volkvertreter zum großen Teil dessen bewußt, was Pflicht und Ehre ihnen vorschreiben.

Ev. Jünglingsverein Donnerstag, den 13. Februar abends 7/8 Uhr Spiel und Bierstunde.
Sonntag, den 16. Febr. nachm. 4 Uhr Spiel und Vereinstunde.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt, badeW.

Käse-Abgabe.
Auf Lebensmittelkarte 28 wird abgegeben:
100 gr. Käse
Außerdem erhalten zum letzten Mal als Zulage auf Karte 23 Schwerarbeiter einviertel Pfund Schwerarbeiter einhalb Pfund extra.
Listten-Schluß Freitag abend 6 Uhr.
Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Brotkarten-Abgabe.
Die Abgabe der Brot- und Butterkarten für die zweite Hälfte des MtS. erfolgt am
Freitag den 14. Februar
von 9-12 und 1-4 Uhr
Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Schuhhaus
Wilhelm Treiber
gewährt so lange Vorrat auf
Kriegsstiefel mit Holzsohlen
und Hausschuhe aus Papiergewebe
20 Prozent Rabatt gegen Bar.

Closset-Papier
mpft esht Robert Treiber

Med. Drogerie
Grundners Nachf.
Gebr. Schmit.
Wir empfehlen
Artikel zur Krankenpflege
Bade- und Fieberthermometer
Inhalations Apparate
Irrigator und einzelne Teile derselben
Damenbinden
Ohren- und Nasenspritzen aus Glas
Verbandstoffe, Wallen, Binden, Gaze
Billroth-Battist
Zahn- und Nagelbürsten
Frostbalsam, Hühneraugenmittel
Staub- Kämme
Eau de Cologne
Vaseline, Zink und Borcreme
Kaloderma, Kombella
Zahnpulver, Zahnpasta
Brillantine flüssig und fest
Kopfwaschpulver u. dg!
Spezialität: Schwarzwälder-Fichtennadel-Creme Tube I.—Mk.

Turn- Verein
Dameuhr
ging von der König-Karstr bis zur neuen Steig verloren
Abzugeben gegen Belohnung bei
Messerschmied Weik.

Mädchen Kaiseratron
das feither immer in Stellung war sucht Stelle in Geschäft oder Privathaus.
Angebote sind zu richten unter M. F. Nr. 231 an die Exped. ds. Blattes.

Officemädchen
in Pension oder Hotel.
Angebote sind zu richten an die Exped. ds. Blattes. [231]

Reißig-Besen
Wilhelm Rath.

Grobchnitt Tabak
100 gr. Mt. 1.40
garantiert rein speziell für längere Pfeifen bei
Chr. Schmid u. Sohn
Tabakwaren-Großhandlung